



CSP.
Faire Politik

Parlamentarischer Vorstoss GGR

Eingang : 23. NOVEMBER 2016

Bekanntgabe im GGR : 13. DEZ 2016

Überweisung im GGR : 13. DEZ 2016

Zug, 22.11.2016

Stadtrat
der Stadt Zug
c/o Stadtkanzlei
Stadthaus
6300 Zug

Postulat:

Der Zuger Stadtrat wird beauftragt,

- 1) in einem Bericht aufzuzeigen, wie sich das TiSA-Abkommen auf die Stadt Zug auswirken würde;
- 2) abzuklären, welche Möglichkeiten des Engagements gegen TiSA der Gemeinde zur Verfügung stehen;
- 3) sich dazu zu äussern, ob er bereit ist, die Stadt Zug zur TiSA-freien Zone zu erklären, und seine Haltung zu begründen.

Begründung:

Im Geheiemen wird momentan das TiSA (Trade in Services Agreement) verhandelt. Das Abkommen würde zu einer weitreichenden Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung, Energieversorgung, Luft, Wasser, Transporte, öffentlicher Verkehr, Post, Telekommunikation, Kultur und Freizeit, Abfallwirtschaft, Alterspflege etc – also Güter des Alltags, zu denen alle Menschen Zugang haben sollten – führen. Das Abkommen gilt vom Bund über die Kantone bis zu den Gemeinden und ist für alle Verwaltungsebenen verpflichtend. Kantone und Gemeinden sind also direkt betroffen. Das Abkommen stellt das Subsidiaritätsprinzip in Frage, indem es die Möglichkeit der lokalen Behörden einschränkt, im Dienstleistungsbereich eine eigenständige Politik zu betreiben. Die zwingende Gleichbehandlung von lokalen und ausländischen Anbietern macht Regionalpolitik oder die Förderung von Nahversorgung unmöglich.

Neben dem Inhalt des Abkommens ist auch die Vorgehensweise heikel. Die Verhandlungen werden geheim geführt und der Inhalte soll noch fünf Jahre nach Abschluss oder Scheitern der Verhandlungen geheim bleiben. Die Bevölkerung würde also selbst bei einem Beitritt der Schweiz zu TiSA nicht wissen, was genau entschieden wurde. Dieses Vorgehen widerspricht jeglichem grundlegenden Verständnis von Demokratie.

Dieses Vorgehen überrascht insofern nicht, als dass anfangs dieses Jahrhunderts ein ähnliches Abkommen, das sogenannte GATS-Abkommen, auf heftigen Widerstand von tausenden europäischen Gemeinden gestossen ist – unter anderem haben sich in der Schweiz 90 Gemeinden zu GATS-freien Zonen erklärt – und schliesslich aufgrund des Stockens der DOHA-Runde auf Eis gelegt wurde. Auf Druck einiger multinationaler Grosskonzerne verhandeln nun Staaten – unter anderem auch die Schweiz – unter Ausschluss der Öffentlichkeit das TiSA, welches zu einer weitreichenden Liberalisierung des Service public führen würde und wegen seiner Mechanismen noch demokratiefeindlicher als das GATS ist. Dank Wikileaks wurden einige Details des Abkommens mittlerweile bekannt:

- Negativlisten: Jeder Staat, der TiSA beitrifft, muss eine Liste jener Dienstleistungen erstellen, die von der Marktöffnung ausgenommen werden sollen. Für alle Bereiche, die auf der Liste fehlen, muss der Markt zwingend geöffnet werden. Künftige Dienstleistungen, die wir heute nicht kennen und die deshalb auf der Negativliste fehlen, wären demnach zwingend der Marktöffnung unterstellt. Darunter könnten auch kommunale Strukturen in der Stadt Zug fallen.
- Ratchet-Klausel: TiSA hält fest, dass eine einmal vorgenommene Marktöffnung nicht mehr rückgängig gemacht werden darf. Selbst wenn eine Marktöffnung völlig versagt hat, ist eine Rücknahme der Deregulierung für immer ausgeschlossen.
- Standstill-Klausel: Gemäss TiSA darf die Regulierungsdichte, wie sie zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens besteht, nicht erhöht werden.
- Future-proofing-Klausel: Gemäss TiSA sind sämtliche künftigen Dienstleistungen, die heute noch nicht erfunden sind, zwingend der Marktöffnung ausgeliefert. Ein heute noch nicht bekannter Energieträger würde demnach zwingend der Marktöffnung unterstehen und ein staatliches Monopol wie heute bei der Elektrizität wäre nicht möglich.

Das Abkommen würde also nicht nur die staatliche und kantonale Souveränität, sondern auch die Gemeindeautonomie der Stadt Zug wesentlich beschneiden – beispielsweise könnte die Stadt Zug verpflichtet werden, Bereiche des Service public wie die Wasserversorgung oder die Bibliothek ohne Auflagen an private Anbieter zu vergeben. Als wären der gefährliche Inhalt und die fragwürdigen Verhandlungen unter komplettem Ausschluss der Öffentlichkeit nicht schon genug, führt der Bundesrat die Verhandlungen ohne demokratisches Mandat. Er verhandelt TiSA im Rahmen des mehr als zehnjährigen DOHA-Mandats, obwohl TiSA ausserhalb der WTO verhandelt wird, nicht zum DOHA-Vertragswerk gehört und neue Spielregeln gelten. Der Bundesrat verhandelt also geheim, an der Bevölkerung vorbei, gegen den sozialen Frieden, gegen staatsrechtliche und demokratische Grundsätze und gegen die Autonomie der Gemeinden. Deshalb soll sich die Stadt Zug im Sinne einer symbolischen und ausdrucksstarken Geste zur TiSA-freien Zone erklären, analog und in Ergänzung zu den weltweiten Massnahmen zu GATS anfangs des 21. Jahrhunderts.

Wir bitten den Stadtrat um schriftliche Beantwortung

Fraktion Alternative-CSP



Stöckli

